

32
78

Union in Deutschland

Bonn, den 28. September 1978

Kanzler ohne Botschaft

Wir stehen seit vielen Monaten vor dem traurigen Tatbestand, daß in Bonn nicht mehr regiert wird. Weil SPD wie FDP in schwere Flügelkämpfe verstrickt sind — und die Regierung in allen entscheidenden Sachfragen nicht mehr über eine gesicherte parlamentarische Mehrheit verfügt —, hat der Bundeskanzler die Innenpolitik zum Stillstand kommen lassen.

Diese Bilanz zog Helmut Kohl in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages. Der Leidtragende dieser Politik ist der Bürger. Er will nichts anderes als dies: Mut bekommen für die Zukunft. Er will wissen, wie es angesichts des wahren Bergs an Problemen, der sich in unserem Land mittlerweile aufgetürmt hat, weitergehen soll.

Was tut der Bundeskanzler? Er weicht den drängenden, sich ständig verschärfenden Problemen aus. Er schiebt Entscheidungen, die längst überfällig sind, vor sich her. Er erweckt den fatalen Eindruck, als gingen ihn die Zukunftssorgen unseres Volkes nichts an. Einen „Kanzler ohne Botschaft“ hat der Publizist Rüdiger Altmann den gegenwärtigen Regierungschef vor vier Jahren genannt: Einen „Mann, der die Macht mehr liebt als den Dialog“. Ich finde: Rüdiger Altmann hat auf bedrückende Weise recht behalten.

■ BUNDESTAG

Helmut Kohl antwortet dem Kanzler: „Ihre markigen Worte stehen im krassen Gegensatz zur Wirklichkeit.“

Seiten 3 bis 5

■ STEUERPAKET

Steuerpolitik muß Familien stärker berücksichtigen/ Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion

Seite 6

■ EUROPA

SPD-Programm auf sozialistischem Kurs

Seite 11

■ SPD

Tatsachen widerlegen neue Kampagne im Ermittlungsverfahren

Seite 13

■ PARTEIARBEIT

Wieder eine Fülle von Ideen, Taten und Aktionen aus den Verbänden

Seite 14

■ UID-EXTRA

Argumente zur politischen Lage

gelber Teil

■ DOKUMENTATION

Für eine realistische Umweltpolitik

grüner Teil

■ INFORMATION

Keine Schonfrist

„Keine Schonfrist“ will Heinrich Köppler dem neuen SPD-Ministerpräsidenten Johannes Rau einräumen. Dies räume man einem „Neuling“ zwar gewöhnlich ein, meinte der Oppositionschef, aber Rau habe verkündet, daß von nun an Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen sei. „Nötiger als einen Wahlkampf braucht dieses Land eine Regierung, die die schwierigen Probleme Nordrhein-Westfalens anfaßt“, betonte Köppler. „Die SPD lügt sich in die Tasche, wenn sie meint, mit dem Beschluß ihres Sonderparteitags die Probleme des Bonner Steuerpakets gelöst zu haben.“ Die Fragen seien nur bis nach der Wahl des neuen Ministerpräsidenten in Düsseldorf und der hessischen Landtagswahl „unter den Teppich gekehrt“.

Sprecherausschüsse gesetzlich verankern

Die etwa 250 zur Zeit auf freiwilliger Vereinbarung bestehenden Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten in den Unternehmen sollen nach den Vorstellungen der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung gesetzlich verankert werden. Der Beirat „Leitende Angestellte“ der Unionsvereinigung veröffentlichte einen entsprechenden Gesetzentwurf, der die generelle Errichtung von Sprecherausschüssen für die Leitenden in Betrieben mit mehr als zehn leitenden Angestellten vorsieht. Den Sprecherausschüssen soll nach dem Entwurf ein angemessenes Mitspracherecht in den wirtschaftlichen und personellen Belangen eingeräumt werden, soweit die Gesamtheit der leitenden Angestellten eines Unternehmens berührt ist.

Darüber hinaus sieht der Entwurf eine Neuregelung des Paragraphen 5 des Betriebsverfassungsgesetzes vor, in dem geregelt ist, wer unter den Begriff „Leitender Angestellter“ fällt. Nach den Vorstellungen der Mittelstandsvereinigung soll diese Abgrenzung ein Dreiergremium aus Unternehmensleitung, Sprecherausschuß und Betriebsrat vornehmen.

Weizsäcker kritisiert Verkehrsverhandlungen

Der Bundesregierung fehlt bei den laufenden Verkehrsverhandlungen mit der DDR nach den Worten des CDU-Spitzenkandidaten in West-Berlin, Richard von Weizsäcker, eine „deutschlandpolitische Gesamtperspektive“. Bei der Vorstellung des Wahlprogramms der Union für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus im März 1979 kritisierte von Weizsäcker auch „Tempo und Ziel der Verhandlungen“. Er befürchte, daß der bisherige Gesprächsverlauf zum Nachteil der DDR-Bevölkerung gereichen könnte. Ohne ausdrücklich auf Einzelheiten einzugehen, bezeichnete er die Bonner Richtlinien für die Verkehrsverhandlungen als nachteilig.

An den Schulen fängt es an

In einem Interview erklärte Alfred Dregger u. a., die Bekämpfung des Terrorismus müsse auch im Bereich der geistig-politischen Auseinandersetzung stattfinden und daher schon an den Schulen beginnen. Sie sei somit Gegenstand der Bildungspolitik, die voll in die Länderkompetenz falle. „Wenn man junge Menschen schon in der Schule zu Konflikt und Klassenkampf erzieht statt zur Rechtsgesinnung, Toleranz und Hilfsbereitschaft, dann darf man sich nicht wundern, wenn einige das ernst nehmen und zur Waffe greifen“.

■ HELMUT KOHL ANTWORTET DEM KANZLER

Markige Worte in krassem Gegensatz zur Wirklichkeit

In seiner Rede während der Haushaltsdebatte des Bundestages setzte sich Helmut Kohl eingehend mit der Politik des Bundeskanzlers auseinander. Nachfolgend seine Erklärungen zu aktuellen Fragen im Wortlaut:

Statt Rechenschaft über das zu geben, was in diesen Jahren oder Monaten geschah, haben Sie sich einmal mehr im Rundumschlag geübt. Sie haben versucht, die, die anders denken — im Hause oder außerhalb des Hauses —, herabzusetzen, verächtlich zu machen. Sie haben mit Unwahrheiten und mit Verdrehungen gearbeitet. Dort, wo Sie gestellt wurden, waren Sie unfähig, sofort ein mannhaftes Wort der Entschuldigung zu finden.

Sie, Herr Bundeskanzler, sehen Ihre Aufgabe darin, das Überleben im Amt des Kanzlers zu sichern, Gräben aufzu-reißen, möglichst zu polarisieren. Das ist das innere Wesen Ihrer Politik.

Soziale Marktwirtschaft

Ich war nie der Überzeugung, Herr Bundeskanzler, daß Sie ein überzeugter Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft sind. Das bestätigt sich, wenn ich interessante, nicht in der Hitze des Gefechts, sondern nachdenklich formulierte Zitate betrachte, als Sie etwa in jener Rede vor der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sagten, als Sie noch Finanzminister

waren: *„Dieses System der Marktwirtschaft ist nicht eine Ordnung, die für alle Zeiten, unter allen Bedingungen der Garant der Freiheit für die Bürger und die beste Organisationsform zur Befriedung der ökonomischen und sozialen Bedürfnisse der Menschen sein muß.“*

Das zweite Zitat liegt wenige Jahre zurück. Es stammt aus der „Frankfurter Rundschau“ aus einem wichtigen Interview: *„Es ist nicht so, daß wir den Rat einer durchgearbeiteten marxistischen Konzeption zur Anwendung auf gegenwärtige Probleme entbehren möchten.“* Im übrigen wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns im Sinne Ihres Vortrages vor der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, da doch jetzt bei der SPD die Denkmodelle im Umgang sind, einmal das Denkmodell interpretieren könnten, das Sie dazu veranlassen könnte, die Soziale Marktwirtschaft so zu verändern, daß Sie zu einem anderen Weg kommen.

Das ist ja einer unserer Gründe, warum wir bei Ihnen immer anfragen müssen: Wollen Sie diese Republik der Bundesrepublik Deutschland? Oder wollen Sie eine ganz andere Republik?

Verhältnis Bund — Länder

Herr Bundeskanzler, im Rahmen Ihrer Darstellung haben Sie sich wieder einmal die Länder vorgenommen. Wissen Sie: Ich finde, es ist auf die Dauer un-

erträglich, daß Sie eine derartige profunde Nichtkenntnis einfachster Tatsachen vortragen ...

Sie sind Repräsentant eines Verfassungsorgans, nämlich des Verfassungsorgans Bundesregierung. Ob Sie die Verfassung mögen oder nicht ... Sie haben ... Ihren Amtseid geleistet. Wie können Sie denn eigentlich fortdauernd so über den Bundesrat reden, wie Sie es heute wieder getan haben? Alle Bundeskanzler hatten ihr Problem mit der föderalen Ordnung ... Bloß: So miserabel war die Beziehung, so absolut unerträglich war das Reden des Regierungschefs über ein anderes Verfassungsorgan noch nie wie bei Ihnen, Herr Bundeskanzler ...

Es gab noch nie eine so liederliche Gesetzgebung wie unter diesem Bundeskanzler und dieser Bundesregierung! Die markigen Worte stehen doch in schreiendem Gegensatz zur Wirklichkeit. Wo gibt es denn eine Gesetzgebung in irgendeinem Landtag, bei der noch nicht einmal die dritte Lesung zu Ende ist und schon die Novellierung des Textes vorbereitet wird? Das ist doch ein Signum Ihrer Politik.

Auf mich hat besonders tiefen Eindruck gemacht, daß Sie den Bayern vorgehalten haben, die könnten das Weihnachtsgeld nicht bezahlen. Wenn ich mich richtig erinnere, haben viele Bürger, die ihr Konto bei Stadt- und Kreissparkassen in der Bundesrepublik haben, ihren Obulus zur Sanierung der Hessischen Landesbank beigetragen — über eine Milliarde DM.

Herr Bundeskanzler, würden Sie mir in Ihrer großen Güte bitte einmal sagen, wo in der deutschen Geschichte es einen vergleichbaren Fall gegeben hat, daß die Bürger von öffentlich-rechtlich verfaßten Banken- oder Sparkasenoorganisationen aus Solidarität ...

zur Kasse gebeten worden sind, weil dort eine Mißwirtschaft sondergleichen getrieben wurde. Diese Mißwirtschaft hat einen Namen und heißt: Hessische SPD.

Radikalenerlaß

In diesem Zusammenhang will ich auch ein Wort zu jener Kampagne sagen, die Franz Josef Strauß schon im Zusammenhang mit dem Thema Radikalenerlaß angesprochen hat. Herr Kollege Brandt, was haben wir — die Ministerpräsidenten der deutschen Bundesländer, Sie als Kanzler und der damalige Innenminister Genscher — damals eigentlich getan? ... Wir wollten diesen demokratischen Staat gegen seine Feinde verteidigen, wobei es völlig gleich ist, ob diese Feinde von rechts oder von links kommen ...

Wir haben damals kein neues Recht gesetzt; dazu waren wir verfassungsmäßig gar nicht in der Lage. Wie können Sie es eigentlich zulassen, daß in Ihrer Partei und in Ihren Kreisen fortdauernd davon geredet wird, daß neues Recht gesetzt worden ist? Wir haben uns damals auf die Verfassung besonnen und auf das geltende Beamtenrecht. Wir waren in der Tat der Meinung, daß wir Feinde der Verfassung, Feinde unserer Republik nicht an Schaltstellen der Macht kommen lassen wollen ... Wir sagten damals — auch dazu vermisste ich Ihr Wort, Herr Bundeskanzler —, das Recht auf Irrtum sei ein Recht, das man gerade bei der jungen Generation sehen müsse ...

Herr Bundeskanzler und Herr Kollege Brandt, warum reden Sie bei den 18- und 19jährigen der Jahre 1977/78 vom Recht auf Irrtum, sind aber gleichzeitig nicht bereit, bei den 20- und 21jährigen des Jahres 1935 das gleiche Prinzip anzuwenden? ... Wenn ich sehe, wer

alles in Archive und Bibliotheken geschickt wird, um nach Art eines historischen Mistkäfers nach Zitaten zu suchen, um nach 30, 35 Jahren Leute zur Strecke zu bringen, dann, Herr Kollege Brandt und Herr Bundeskanzler Schmidt, kann ich Ihnen nur sagen: Dies trägt nicht zum inneren Frieden bei.

Soziale Sicherheit

Wir haben im vierten Jahr Arbeitslosigkeit in einer Größenordnung wie nie zuvor, wir haben eine Verschuldung der öffentlichen Haushalte wie nie zuvor. Sie tun das einfach ab. Das ist ein weiteres Signum Ihrer Politik. Das ist die Politik: Was danach kommt, geht mich jetzt nichts an. Deswegen leben Sie fortdauernd über Ihre Verhältnisse...

Sie haben kein Wort darüber gesagt, daß die Finanzgrundlagen unseres Systems der sozialen Sicherheit in Ihrer Regierungszeit in Unordnung geraten sind. Dann erregen Sie sich furchtbar über das Wort „Rentenbetrug“. Ja, meine Damen und Herren, wenn einer mit voller Absicht einem anderen, um von ihm eine Leistung zu erhalten, etwas Falsches und Unwahres sagt, fühlt dieser sich betrogen, und Millionen Rentner in der Bundesrepublik fühlen sich betrogen.

Bürokratisierung

Herr Bundeskanzler, Sie reden dauernd von der Bürokratisierung. Was tun Sie denn dagegen?... Ich sage gar nicht: Baut Bürokratie ab! Ich sage vielmehr: Laßt uns doch bei einem konkreten Fall beginnen! Wir haben zu den meisten dieser Themen Alternativen auf den Tisch gelegt. Sie haben diese Alternativen nach dem Motto „Was brauchen wir die Opposition!“ hinweggefegt.

Deutschland- und Außenpolitik

Viele Jahre hindurch konnten wir glücklicherweise davon ausgehen, daß es über die wirklich zentralen Grundlagen der Deutschland- und Außenpolitik eine breite Übereinstimmung zwischen den demokratischen Parteien gibt. In jenen Tagen war es unbestreitbar, daß sich die Gesellschaftssysteme von Ost und West, der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, gegenseitig ausschließen, ja, daß sie antagonistisch sind. Es waren Willy Brandt und Egon Bahr — und Sie haben dabeigestanden, Herr Bundeskanzler —, die mit ihrer Politik des Wandels durch Annäherung diesen Grundwiderspruch aufzulösen begannen.

Nach langen und schweren Jahren und Debatten in diesem Haus schien es so, als sei es auch unbestritten, daß die Entscheidung Konrad Adenauers für die Integration Westeuropas und für die Atlantische Allianz unwiderrufbar bleiben muß. Es bleibt Ihnen, Herr Bahr und Herr Brandt, und anderen der SPD überlassen, in dieser Hinsicht Zweifel zu säen.

Herr Bundeskanzler, es ist für mich zu wenig, wenn Sie dann auf die regierungsamtlichen Verlautbarungen verweisen. Ihre eigene Politik hat diese Fragen doch mit aufgeworfen...

Das Bündnis ist die Lebensgrundlage unseres Volkes, ist die Basis für unsere Freiheit, Demokratie und die Menschenrechte. Und diese Entscheidung gilt auch in Zukunft fort. Das alles, Herr Bundeskanzler, hätten wir gern auch von Ihnen gehört. Wir hätten gern ein Wort über eine langfristige politische Perspektive gehört, die die großen und unbestreitbaren geistigen, materiellen und psychologischen Kräfte unseres Landes herausfordert.

■ STEUERPAKET

Steuerpolitik muß Familien stärker berücksichtigen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat für die bevorstehenden parlamentarischen Beratungen als Alternative zum Steuerpaket der SPD/FDP-Koalition am 26. September 1978 einstimmig nachfolgende steuer- und familienpolitische Vorschläge beschlossen:

1. Neuer Einkommen-(Lohn-)steuertarif

mit den anderen steuerlichen Reparaturen.

— Steuerminderung —

10—12 Mrd. DM jährlich — ähnlich wie Regierung (diese dürfte zu hoch geschätzt haben).

Zustimmung zum Regierungsvorschlag als einem ersten Schritt zu einem leistungsfreundlicheren Tarif. Jedoch keine Deckung der Steuerminderung durch Erhöhung der Mehrwertsteuer. Es werden nur weitere automatische heimliche Steuererhöhungen vorübergehend verhindert. Deckung durch Senkung überhöhter Ausgabensteigerungen im Haushalt.

2. Abschaffung der Gewerbekapital- und Lohnsummensteuer

— Steuerminderung —

4—5 Mrd. DM netto jährlich.

Beide Steuern sind investitions- und arbeitsplatzfeindlich. Sie sind ertragsunabhängig, müssen bei fehlenden Erträgen also aus der Betriebssubstanz gezahlt werden.

3. Ausgleich für die Gemeinden in Höhe von 5 bis 6 Mrd. DM (tatsächlicher Ausfall)

— Anhebung des Gemeindeanteils an der Einkommen-(Lohn-)steuer von 14 auf 16 v. H.

2,5 Mrd. DM netto.

— Abbau der Gewerbesteuerumlage, welche die Gemeinden an Bund und Land zu zahlen haben.

Etwa 3—4 Mrd. DM.

Dadurch wird die finanzielle Selbstverantwortung der Gemeinden durch unmittelbare Anteile an den Steuern gestärkt im Gegensatz zu den Vorschlägen der Bundesregierung, welche lediglich über die Länder Finanzaufweisungen vornehmen will.

4. Steuerfreibeträge für Kinder (Einstieg) 600 DM je Kind und Jahr

— Steuerausfall in Mrd. DM —

1979	1980	1981
1,8	2,7	2,9

Seit 1975 werden die Familien mit Kindern praktisch ebenso hoch besteuert wie Verheiratete ohne Kinder. Der Einstieg in die Wiedereinführung der Kinderfreibeträge ist ein Gebot der Steuergerechtigkeit, weil Kinder die steuerliche Belastungsfähigkeit mindern, und ermöglicht eine verfassungsrechtlich einwandfreie Behandlung der Kinder aus intakten und gescheiterten Ehen.

5. Verbesserung der Steuerstruktur

Die Abschaffung der investitions- und arbeitsplatzfeindlichen Gewerbesteuerbestandteile (Kapitalsteuer und Lohnsummensteuer) sowie die Wiedereinführung der Kinderfreibeträge führen zu einer echten Verbesserung der **Steuerstruktur** im Sinne eines leistungs-, investitions- und familiengerechteren Steuersystems. Der Einsatz der **Mehrwertsteuer** (Erhöhung um 1 Punkt) zur Finanzierung dieser Strukturverbesserungen ist daher vertretbar.

6. Familiengeld

— Kosten in Mrd. DM —

von 3 000 DM nach der Geburt eines Kindes
ab 1. Juli 1979

	1979	1980	1981
a) für 300 000 berufstätige Frauen	0,4	0,9	1,0
b) für 300 000 Hausfrauen	0,45	0,9	0,9
a) und b)	0,85	1,8	1,9

Ein Familiengeld erhalten Familien nach der Geburt eines Kindes, in denen zur Betreuung des Kindes ein Elternteil zeitweilig auf die Ausübung einer nennenswerten Erwerbstätigkeit verzichtet.

Die Gleichbehandlung berufstätiger und nichtberufstätiger Elternteile ist aus grundsätzlichen familienpolitischen Gründen unverzichtbar. Die Deckung des Familiengeldes (0,9 Mrd. DM) erfolgt durch Kürzung von geplanten Regierungsausgaben, u. a. bei den übertriebenen Ausgabenzuwächsen ideologisch begründeter Programme und Maßnahmen gezielter Investitionslenkung. Einzelheiten werden bei den Haushaltsberatungen beantragt.

7. Kindergelderhöhungen

— Kosten in Mrd. DM —

	1979	1980	1981
Drittkindergeld + 45 DM auf 195 DM ab 1979	1,5	1,46	1,4
Zweitkindergeld + 20 DM auf 100 DM ab 1980	—	1,1	1,1
Zusammen	1,5	2,56	2,5

Die Erhöhung des Drittkindergeldes ab 1. Januar 1979 kommt 1,78 Millionen Familien und 2,57 Millionen dritten und weiteren Kindern zugute, die Erhöhung des Zweitkindergeldes ab 1. Januar 1980 2,93 Millionen Haushalten mit zwei Kindern, **1,78 Millionen** Haushalten mit drei Kindern, insgesamt 4,71 Millionen Haushalten und zusammen 4,71 Millionen Kindern.

8. Wohn- und Wohneigentumsförderung für Familien ab 3 Kinder

A) Verdoppelung 7 b-Abschreibung 16 × 5 %

In den ersten acht Jahren kein zusätzlicher Steuerausfall.

Die Verdoppelung des Abschreibungszeitraumes nach § 7 b Einkommensteuergesetz soll die Wohneigentumsbildung kinderreicher Familien erleichtern.

B) Bausparförderung

— Kosten in Mrd. DM —

Verdoppelung Zusatzprämie ab 3. Kind
von 2 % auf 4 %

1979	1980	1981
0,01	0,01	0,01

Die Verdoppelung der Zusatzprämie soll der Tatsache Rechnung tragen, daß es kinderreichen Familien in der Regel schwerer fällt, sich durch ausreichendes Bausparen die Basis für ein Eigenheim zu schaffen. Ziel der Maßnahme ist die Beschleunigung des Prozesses des Vorsparens, damit ein gewünschtes Eigenheim früher in Angriff genommen werden kann.

C) Wohngeld

Zusätzlicher Einkommensfreibetrag
von 600 DM ab 3. Kind

0,02	0,02	0,02
------	------	------

Familien mit drei und mehr Kindern erfahren beim Wohngeld zur Zeit keine ausreichende Berücksichtigung im Verhältnis zu Kleinhaushalten. Ein jährlicher Freibetrag von je 600 DM und Kind soll dem Rechnung tragen.

D) Bürgschaften für Wohnungsbaudarlehen

von je 20 000 DM ab 3. Kind
keine Kosten

—	—	—
---	---	---

Verbesserte Bürgschaftsregelungen für kinderreiche Familien dienen vor allem dem Ziel, daß bessere Zinskonditionen für Hypotheken eingeräumt werden.

Gesamtkosten 8.

0,03	0,03	0,03
------	------	------

9. Familien- und Familiengründungsdarlehen

seitens und zu Lasten der Bundesländer, in denen entsprechende Regelungen, für die es Beispiele in Berlin, im Saarland, in Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz gibt, noch nicht bestehen.

■ KOALITION

Wasserkopf Bonn

Die Personalausgaben des Bundes haben sich von 1969 bis 1979 mehr als verdoppelt. Den Vogel bei der Personalentwicklung schießt das Bundeskanzleramt ab. Von 1969 bis heute: 165 neue Beamte, Arbeiter und Angestellte. Ein ebenso trauriges Kapitel der SPD/FDP-Personalpolitik sind die Stellenausweitungen in den politischen Leitungsbüros. 1977 arbeiteten hier 40 % Beamte und Angestellte mehr als 1969. Geradezu phantastisch, was sich in einzelnen Ressorts an Kabinetts-, Parlaments- und persönlichen Referenten, an Planern, Lenkern, Presseverkäufern, Ghostwritern und Denkmalspflegern angesammelt hat: Justizministerium + 154 %, Kanzleramt + 135 %, Städtebau + 130 %, Ernährung und Landwirtschaft + 94 %, Arbeit und Soziales + 83 %, Verkehr + 80 %.

Aufstieg wegen erwiesener Unfähigkeit

Der Studienrat zur Anstellung Karl-Heinz P. an der Georg-Büchner-Schule machte sich unmöglich. Streit mit Kollegen, mit Eltern, mit Schülern. Der Elternbeiratsvorsitzende war für ihn ein „Schwein“ und ein „gemeiner Lump“. Mit Flugblättern wollte P. die Schüler aufhetzen. Als es nicht gelang, schimpfte er sie „feiges Gesindel“. Sein Unterricht führte zum Chaos. Da verfügte die Schulaufsicht im Darmstädter Regierungspräsidium endlich die Entlassung, u. a. mit der Begründung: „hemmungslose Agitation und Konfrontation, Dienstvergehen“ usw. „Sie besitzen weder die Eignung noch die Befähigung

zum Lehrerberuf und haben während der Probezeit auch nicht die erforderlichen fachlichen Leistungen erbracht.“

Aber Herr P. klagte gegen seine Entlassung vor den Verwaltungsgerichten mit Erfolg. Der Grund: ein Rechtsfehler. Die Schulbehörden hatten die Entlassungsfrist versäumt. Der erwiesenermaßen unfähige Lehrer P. konnte als Beamter auf Lebenszeit zur Georg-Büchner-Schule zurückkehren.

Was tun, damit der Unmut in der Bad Vilbeler Schulgemeinde nicht ausgerechnet im Wahlkampf zur Siedehitze ansteigt? Holger Börner wußte Rat. Lehrer P. kam „nach oben“. Der pädagogisch und fachlich Unfähige wurde auf Börners Betreiben zu der Behörde abgeordnet, die ihn entlassen wollte, zur Schulaufsicht im Regierungspräsidium! (Brief des Hessischen Ministerpräsidenten an den Elternbeirat vom 6. September 1978) Eine echte Genossen-Lösung.

Welches Amt will Vetter denn nun ausüben?

Zur Aufstellung des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter zur Europa-Wahl auf einer SPD-Liste erklärte der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Müller Remscheid, MdB, daß Vetter mit seiner Kandidatur für die erste Direktwahl zum Europa-Parlament mit der guten und wohlbegründeten Tradition gebrochen habe, dem DGB-Vorsitzenden als ersten Repräsentanten der deutschen Einheitsgewerkschaft kein Parlamentsmandat zu erteilen. Vetter werde auf diese Weise nämlich unmittelbar Wahlkampfgegner der christlich-demokratischen Gewerkschaftler, deren Gewerkschaftsvorsitzender er sei.

„Heinz Oskar Vetter hat unsere Beden-

ken in den Wind geschlagen und damit der Parteipolitik den Vorrang vor den Interessen der Einheitsgewerkschaft gegeben. Welches Amt will Vetter nun ausüben, das Europamandat, das einen ganzen Mann erfordert, oder das Amt des DGB-Vorsitzenden, dessen Last auch nicht mit der linken Hand zu erledigen ist? Kreisvorsitzende des DGB werden beurlaubt, wenn sie ein Bundestagsmandat anstreben!"

Der Schuldenberg ist der höchste deutsche Berg

Die Neuverschuldung des Bundes für 1979 soll laut Regierungsentwurf 35,5 Milliarden DM betragen. Das ergibt in 1 000-Mark-Scheinen aufeinandergelegt die Höhe von 3 550 Metern (Zugspitze: 2 963 Meter). Bei 100-Mark-Scheinen sind es 35 000 Meter, also ein Bereich, in dem nur noch Raketen fliegen. An Gewicht waren es bei 1 000-Mark-Scheinen 2 800 Tonnen, für deren Transport 186 Waggons, gut drei Güterzüge, erforderlich waren.

Franz Josef Strauß am 21. September 1978 im Bundestag.

Die Wahrheit soll erst nach der Wahl gesagt werden

Nach den Beratungen über die Fortsetzungen der Arbeit des Untersuchungsausschusses im Spionagefall Lutze/Wiegel erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willi Weiskirch, daß die SPD durch die Vorbringung weiterer Beweisanträge und die Ladung weiterer Zeugen offensichtlich verhindern wolle, daß die Öffentlichkeit vor den Landtagswahlen in Hessen und

Bayern den Abschlußbericht des Ausschusses zur Kenntnis bekomme. In der Tat, die Arbeit des Untersuchungsausschusses war bereits vor der Sommerpause praktisch beendet und der Bericht — im wesentlichen einvernehmlich zwischen den Fraktionen fertiggestellt. Die SPD hatte ihre Bewertung des Spionagefalles nach eigenem Bekunden bereits vor der Sommerpause abgeschlossen. Nun wird durch eine in der Sache völlig überflüssige und für die Erkenntnisse des Ausschusses ganz und gar nutzlose Beschäftigungsakrobatik die Ausschubarbeit künstlich verschleppt.

SPD stellt sich vor DKP

Der Stadtdirektor der westfälischen Stadt Ahlen, Walter Preisnitz, der einen verstärkten Zuzug von DKP-Mitgliedern nach Ahlen (Stimmanteil der DKP bei der letzten Kommunalwahl dort 3,6 %) überprüfte, um dem NRW-Kommunalgesetz Genüge zu tun und Scheinanmeldungen zu verhindern, wurde vom SPD-Vorsitzenden Ahlen, Horst Jaunich, MdB, aufgefordert, mit derartigen bedenklichen Schnüffeleien sofort aufzuhören, die fatal an faschistoide Praktiken erinnerten.

Teure Flugreise

Herbert Ehrenberg vertrat die Bundesregierung bei der traditionellen New Yorker Steubenparade. Den Rückflug buchte der Bonner Sozialminister nicht bei der „Normalpreis“-Fluggesellschaft „Lufthansa“, sondern auf dem sehr viel teureren Überschallflugzeug „Concorde“ der „Air France“. Zu Ehrenbergs Begleitung gehörten mindestens fünf weitere Bundes- und Sicherheitsbeamte, für die ebenfalls der höhere Flugpreis zu zahlen war.

■ EUROPA-WAHL

Programm-Entwurf der SPD auf sozialistischem Kurs

Die Sozialdemokraten bereiten sich darauf vor, Europa zu einem ideologischen Schlachtfeld zwischen Sozialisten und Kommunisten auf der einen und Christlichen Demokraten, Konservativen und Liberalen auf der anderen Seite werden zu lassen. Der SPD-Vorsitzende hat in diesen Tagen ein Europa-Programm vorgelegt, das an sozialistischer Ideologie nichts zu wünschen übrig läßt, erklärte Generalsekretär Heiner Geißler.

Der Programmentwurf ist der leicht veränderte deutsche Wiederaufbau einer Wahlplattform der europäischen Sozialisten vom 6. Juni vergangenen Jahres. Dieser Programmversuch war international gescheitert; die Bruderparteien der SPD haben ihn abgelehnt und sogar als nicht verhandlungsfähig bezeichnet.

Anders bei der Union. Sie braucht kein nationales Wahlprogramm. Die Europäische Volkspartei (EVP), der Zusammenschluß der Christlichen Demokraten in der Europäischen Gemeinschaft, hat ihr gemeinsames Programm bereits vor einem halben Jahr verabschiedet. Es ist Ausdruck der Einigkeit in der EVP und Basis unseres Europawahlkampfes.

Zwar erhält das SPD-Programm auch Passagen, die alle Demokraten unterschreiben können. Aber es zeigt auch deutlich, welches Feind- und Weltbild

die SPD hat. Dieses Programm enthält Vorstellungen, die den europäischen Konsens der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland gewaltsam zu sprengen drohen. Das Programm ist deshalb so gefährlich, weil seine Absichten dem uneingeweihten Leser nicht sofort ins Auge springen. Es gibt entlarvende Formulierungen. Aber zweifellos versteht es die SPD, ihre Absichten hinter diplomatischen Formulieren zu verstecken. Betonungen und Auslassungen setzen die entscheidenden Akzente.

Kein Zweifel: Das Programm geht vom sozialistischen Menschenbild aus. Nicht der Mensch steht im Mittelpunkt, sondern die anonyme Gesellschaft. Was der Mensch, seine Freiheit und Würde sind, wird durch die Gesellschaft bestimmt und zugeteilt. Es ist verwegen, daß die SPD unter diesen Umständen die Begriffe von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für sich in Beschlag nehmen will.

Vom Endziel einer europäischen Integrationspolitik ist an keiner Stelle die Rede. Der Ausbau der Gemeinschaft wird von der Zustimmung der nationalen Parteien abhängig gemacht. Heißt das, abhängig gemacht vom Fortschritt des Sozialismus? Wird so der Befürchtung des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Koschnick, entsprochen, daß der Osten uns diese Integration übel nehmen könnte?

Der außenpolitische Teil des Programms bestätigt die Befürchtungen der CDU: — Die Worte „Deutschland“ und „deutsche Wiedervereinigung“ fehlen, obwohl es sich hier um ein nationales Papier handelt, das nicht von der sozialistischen Internationale abzusegnet war;

— Die Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts soll nur „noch“ zeitweilig gelten. Langfristiges Ziel ist die „Überwindung der Blöcke“. Welche Einschätzung der Strategie der Sowjetunion und des wachsenden militärischen Bedrohungspotentials verbirgt sich eigentlich dahinter?

— Bei den Rüstungskontrollverhandlungen werden Moskau Konzessionen gemacht. Neue Waffensysteme sollen nur entwickelt werden, wenn sie solche Verhandlungen nicht behindern. Die Debatte um die Neutronenwaffe hat gezeigt, in welchem Maße die Sowjetunion in der westlichen Verteidigungsplanung ein Mitspracherecht hatte;

— Während die Bindungen zu den USA auf sechs Zeilen abgehandelt werden, widmet die SPD Osteuropa 28 Zeilen;

— Zu guter Letzt finden wir in dem Programmentwurf die Aussage, daß sich die europäische Einigung nicht gegen Osteuropa und sich gute Beziehungen zu China nicht gegen andere Staaten (welche wohl?) richteten. Auch dies verdeutlicht die übertriebene Rücksichtnahme auf sowjetische Interessen.

Die Politik der Beflissenheit gegenüber dieser Großmacht, die für die Teilung Deutschlands und für die Unterdrückung von 17 Millionen Deutschen verantwortlich ist, zieht sich als roter Faden durch den gesamten außenpolitischen Abschnitt des Programmentwurfes.

Bewußt ungenau sind die Aussagen des Programmentwurfes in seinem wirtschafts- und sozialpolitischen Teil. Eines ist jedoch klar: Die SPD will mehr Sozialismus. Sie will eine umfassende und einschneidende Änderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa. Die entscheidenden Stichworte sind: „Globalsteuerung“ der Wirtschaft, „wirtschaftliche und demokratische Rahmenplanung“, „Prognoseplanung“, „Investitionslenkung“, „Planung und Demokratisierung“ auch des privatwirtschaftlichen Sektors.

Diese Planungshybris der SPD führt zwangsläufig zu mehr Staat, mehr Bürokratie und ungeheuren Mehrkosten. Sie verschweigt völlig, wer diese sozialistische Wunderwelt, diese gigantische Eurobürokratie bezahlen soll.

Die SPD versucht, national nicht durchsetzbare, utopische Forderungen auf die europäische Ebene zu heben. Dabei muß jedem klar sein: Wer in Europa Planwirtschaft will, hat in der Bundesrepublik der Sozialen Marktwirtschaft den Kampf angesagt. Dieser offensichtliche Rückfall der SPD in für überwunden geglaubte Vorstellungen des 19. Jahrhunderts überrascht nicht angesichts ihres „Orientierungsrahmens '85“ und der Vorstellungen der Grundwertekommission der SPD. Ähnlich ideologisch gefärbt ist das Verständnis der SPD von der Rolle der Frau in der Familie.

Die Entwicklung der kommunistischen Parteien in den EG-Staaten wird nur „aufmerksam verfolgt“. Ihr angeblicher Anpassungsprozeß „an die veränderten Bedingungen der europäischen Gesellschaft muß ernsthaft differenziert beachtet werden“: Hier wird die Tür zur Volksfront offengehalten.

■ ERMITTLUNGSVERFAHREN

Tatsachen widerlegen SPD-Kampagne

Mit einem ungeheuren Aufwand an publizistischen Bemühungen hat die SPD eine massive Kampagne inszeniert, mit der pflichtgemäße Ermittlungen und Anordnungen von Behörden und Gerichten gegen spionageverdächtige SPD-Mitglieder in bössartige Intrigen politischer Gegner umgedeutet werden sollten. Kunstvoll arrangierte Indiskretionen sollten die Öffentlichkeit täuschen und Nebel über die Vorgänge breiten. Hierzu erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion Jenninger:

Tatsächlich ist ein ganz und gar korrektes rechtsstaatliches Verfahren abgelaufen: Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat von ihm gewonnene Informationen über Spionageverdacht dem für Ermittlungen zuständigen Generalbundesanwalt zugeleitet. Dieser hat beim Ermittlungsrichter, wegen des Abgeordneten Holtz beim 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs, einen Durchsuchungsbefehl beantragt und erhalten. Alle zuständigen Stellen der Bundesregierung waren offenbar beteiligt. Der Deutsche Bundestag hat antragsgemäß die Immunität des betreffenden Abgeordneten auf einstimmige Empfehlung eingeschränkt.

Dazu hat Helmut Kohl am 21. September 1978 in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages erklärt: „Der Präsident hat in diesem Zusammenhang mit

Recht Eugen Gerstenmaier zitiert, daß die Aufhebung der Immunität aber auch gar nichts mit einer Verurteilung eines Kollegen zu tun hat, sondern daß damit der Rechtsweg überhaupt erst rechtsstaatlich eröffnet werden kann. Nicht mehr und nicht weniger ist dazu zu sagen.“

Helmut Kohl fragte schon damals den Bundeskanzler, wie er von „geheimnisvollen Mächten“ reden könne, die hier am Werke seien. Da diese „geheimnisvollen Mächte“ nun nach dem Abschluß der Ermittlungsverfahren offenkundig wieder ins Spiel gebracht werden sollen, hält es die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für besonders dringlich, sofort im Deutschen Bundestag vor aller Öffentlichkeit zu klären, was sich hier wirklich ereignet hat. Sie hat deshalb entsprechende Dringlichkeitsfragen eingebracht:

Zitat:

Frage: Fühlten Sie sich in der Zeit, während die Ermittlungen liefen, verleumdet? Fühlten Sie sich abgeurteilt schon ohne Verfahren?

Antwort: Ich fand sehr gut, daß der Bundestagspräsident — anläßlich der Immunitätsaufhebung — darauf hingewiesen hat, daß damit keine Vorverurteilung verbunden ist. Im großen und ganzen fühle ich mich auch von den Medien fair behandelt.

Interview mit SPD-MdB Dr. Holtz in „Panorama“ am 26. 9. 1978

■ PARTEIARBEIT

Ideen — Taten — Aktionen

Ratgeber für ältere Bürger

Unter diesem Titel bringt der CDU-Gemeindeverband Niederkassel in Zusammenarbeit mit der CDU-Frauenvereinigung Niederkassel eine gelungene Informationsbroschüre für ältere Mitbürger heraus. Die Broschüre soll den älteren Bürgern helfen, sich in dem vielfältigen Angebot von Einrichtungen und Hilfen der Gemeinde, der Kirchen und der Verbände zurechtzufinden. Hierzu sind sämtliche Einrichtungen und soziale Dienste, wie beispielsweise Nachbarschaftshilfe, Essen auf Rädern, Rechtsberatung, ärztliche Versorgung, kurz beschrieben und wichtige Rufnummern angegeben.

Des weiteren werden Hinweise über Erholung und Kontaktmöglichkeiten, über finanzielle und sonstige Hilfen, Spartips und allgemeine Beratung gegeben.

Damit bietet der Ratgeber für ältere Bürger eine echte Lebenshilfe und ist ein nachahmenswertes Beispiel für praktische, bürgernahe Parteiarbeit.

CDU-Gemeindeverband Niederkassel
CDU-Frauenvereinigung Niederkassel
Zeisigweg 9
5216 Niederkassel 6

Mitglieder-Befragungsaktion

Zur Aktivierung der Parteiarbeit und zur Mobilisierung der Parteifreunde hat der CDU-Stadtverband Remagen eine Befragungsaktion bei seinen Mitgliedern gestartet. Dabei will der Stadtverband den Parteimitgliedern das Angebot ver-

stärkter politischer Mitarbeit machen und zugleich ihre Bereitschaft zu erhöhtem persönlichen Einsatz erkunden.

Der Fragenkatalog bezieht sich auf die Mitgliederwerbung, die Mithilfe in den künftigen Wahlkämpfen und auf das Interesse an kommunalpolitischer Mitarbeit. Zugleich wird die Bereitwilligkeit erfragt, sich an der programmatischen Grundsatzdiskussion in der Union zu beteiligen und sich in den Parteivereinigungen zu engagieren.

Den Mitgliedern wird außerdem die Übersendung von gewünschtem Informationsmaterial der Union angeboten. Damit verbunden ist die ausdrückliche Aufforderung zu Vorschlägen und Anregungen, sowie zu kritischen Äußerungen, die der Aktivierung der Parteiarbeit dienen.

Der CDU-Stadtverband Remagen stellt den Wortlaut des Frage- und Antwortbogens interessierten Gliederungen der Partei zur Verfügung.

CDU-Stadtverband Remagen
Siebengebirgsblick 8
5480 Remagen 1

Aktion „Frauen informieren Frauen“

Unter diesem Motto führt die Frauenvereinigung des CDU-Kreisverbandes Daun seit Juni eine Aktion durch, mit der junge Mütter, die in den Krankenhäusern des Kreises entbinden, angesprochen werden.

Die Mütter erhalten kostenlos das Buch

„Die ersten 365 Tage im Leben eines Kindes“, handsigniert von der Vorsitzenden der Kreis-Frauenvereinigung, Frau Karin Eiden. Das Buch beschreibt auf über 200 Seiten die Entwicklung eines Säuglings. Mit dieser Information möchte die Frauenvereinigung den Müttern eine Hilfe für die Beobachtung der Entwicklung ihrer Kinder anbieten. Das Buch wird mit einem netten Brief, der auch über die Arbeit der Frauenvereinigung Auskunft gibt, zugesandt.

CDU-Kreisverband Daun
Lindenstraße 5
5568 Daun

Bürger-Brief

Der CDU-Ortsverband Bettheim (Pfalz) hat sich vorgenommen, die Information gegenüber der Bevölkerung zu verbessern. Unter dem Titel „Bürger-Brief“ werden Berichte und Stellungnahmen zu lokalen Themen, Mißstände und Lösungsvorschläge, Anregungen, Nachrichten aus Vereinen und Verbänden veröffentlicht. Finanziert wird der „Bürger-Brief“, der künftig alle 3 bis 4 Monate erscheinen soll, durch einen Sonderbeitrag der Gemeinderatsmitglieder. Das bisherige Echo ermuntert zum Weitermachen.

CDU-Gemeindeverband Bellheim
Postfach 1205
6729 Bellheim

Bootsfahrt auf dem Neckar

Zusammen mit den Abgeordneten veranstaltet der CDU-Kreisverband Heilbronn jährlich im Herbst eine Boots-fahrt mit älteren Mitbürgern auf dem Neckar. Hierzu wird für einen Nach-mittag ein Ausflugsdampfer gemietet. Die Gäste, die in Altersheimen des Stadt- und Landkreises Heilbronn woh-

nen, werden mit Fahrzeugen abgeholt. Bei Kaffee und Kuchen sehen sie — oft zum erstenmal in ihrem Leben — ihre Kreisstadt aus einer neuen Perspektive. Musik gibt es auch — von Stadträten, die ein Instrument spielen können. Der Erfolg: Durch Voranmeldungen ist das Schiff für das nächste Jahr bereits aus-gebucht.

CDU Heilbronn
Postfach 3042
7100 Heilbronn

Ausbildung bei der CDU

Die CDU Rheingau-Taunus leistet einen eigenen Beitrag zum Lehrstellenpro-blem. In der Kreisgeschäftsstelle wurde ein Ausbildungsplatz für eine Büroge-hilfin geschaffen. Die vielseitigen Arbei-ten in einer Kreisgeschäftsstelle garan-tieren eine gute Ausbildung.

Zudem zeigt die CDU Rheingau-Taunus beispielhaft, wie die Partei rechtzeitig ihren eigenen Nachwuchs auf der Orga-nisationsebene fördern kann.

CDU Rheingau-Taunus
Kiliansring 5
6228 Eltville (Rheingau)

„Handbuch für die innenpolitische Argumentation“

— Eine Analyse der innenpolitischen Probleme der Bundesrepublik Deutschland —

kann in Einzelexemplaren kostenlos bei der

CDU-Bundesgeschäftsstelle
— Abteilung Öffentlichkeitsarbeit —
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn

bezogen werden.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 DX
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Widerstand

Daß die Opposition auch im Bundesrat, vertreten durch die unionsregierten Länder, Kritik am Bonner Steuerpaket üben würde, war bekannt. Die Forderungen der Union liegen schon seit längerer Zeit auf dem Tisch. Sie wertet die von der Bundesregierung geplanten Erleichterungen bei der Lohn- und Einkommensteuer nur als Einstieg in eine weitergehende Steuerreform. Die Abschaffung der Lohnsummensteuer soll durch die Abschaffung der Gewerbesteuer ergänzt werden. Erst wenn über diese zusätzlichen Wünsche sowie über den notwendigen finanziellen Ausgleich für Länder und Gemeinden Klarheit besteht, wollen die unionsregierten Länder der zur Jahresmitte 1979 vorgesehenen Erhöhung der Mehrwertsteuer zustimmen.

Daß aber auch eine Reihe von SPD-regierten Ländern im Bundesrat mit der

Bundesregierung nicht eben sanft umging, kam sicherlich überraschend. Hamburgs Bürgermeister Klose meinte, wenn Bonn schon notwendige Steuererleichterungen anstrebe, sollte der Bundesfinanzminister sie möglichst auch aus der eigenen Kasse bezahlen.

Die Gemeinden, gleichgültig welcher Partei der Bürgermeister oder Verwaltungschef angehört, werden nämlich bei den anstehenden zähen Finanzverhandlungen dem Bonner Haushaltschef ein gewichtiges Argument entgegenhalten können: daß nämlich die Hauptlast der öffentlichen Investitionen auf ihren Schultern ruht und daß sie über ein entsprechendes Finanzvolumen verfügen müssen. Bundesfinanzminister Matthöfer steht vor einem „Mehrfrentenkrieg“. Auf der einen Seite die Opposition, auf der anderen Seite Städte und Gemeinden, die von der SPD geführt werden, aber bei aller Loyalität zur Bonner Regierung hart bleiben müssen, wenn es ums eigene Geld geht.

General-Anzeiger, Bonn, 23. 9. 1978

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD